

- Entwurf -

**Gegenäußerung der Bundesregierung
zu der Stellungnahme des Bundesrates zu dem
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur
Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors
(BR-Drs. ...)**

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Nummer 1d (Zum Gesetzentwurf allgemein)

Der Bundesrat bemängelt den Erfüllungsaufwand der Länder in Art. 2 des Gesetzentwurfs.

Die Bundesregierung hat in der Berechnung des Erfüllungsaufwandes zu Art. 2 keine Kosten berücksichtigt, die aus der Bereitstellung von Daten resultieren. Diese Kosten ergeben sich bereits aus etwaigen Bereitstellungsverpflichtungen in anderen Gesetzen. Die Kosten, die durch die Festlegung hochwertiger Datensätze entstehen können, ergeben sich aus den Durchführungsrechtsakten nach der Richtlinie (EU) 2019/1024.

Zu Nummer 2 (Zu Artikel 2 allgemein)

Der Bundesrat bittet um Prüfung, ob ein Verstoß gegen das Durchgriffsverbot (Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG) insbesondere hinsichtlich §§ 8, 7 Abs. 4 DNG-E vorliegt

Ein Verstoß gegen das Durchgriffsverbot liegt mit dem DNG-E nicht vor. Das DNG regelt keine Bereitstellungspflicht und überträgt keine Aufgaben an Gemeinden oder Gemeindeverbände. § 8 DNG-E regelt, dass die Nutzung über Schnittstellen zu ermöglichen ist, wenn dynamische Daten zugänglich sind. Wird der Zugang zu bestimmten Daten eingeschränkt oder liegen andere Ausnahmetatbestände vor, greift die Regelung nicht. Nach § 7 Abs. 4 DNG-E sind Metadaten über GovData verfügbar zu machen, soweit dies möglich und sinnvoll ist.

Mit beiden Regelungen wird keine Aufgabe auf Gemeinden oder Gemeindeverbände übertragen.

Zu Nummer 3 (Zum Gesetzentwurf allgemein)

Der Bundesrat weist darauf hin, dass mit dem Gesetzentwurf auch die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors geregelt werden sollen, die bisher jeweils in Anwendung von Landesrecht

erhoben und verwaltet werden. Er fordert den Bund auf, die Mehrbelastungen und Einnahmeausfälle der Länder zu kompensieren.

Die Bundesregierung hat die Erfüllungsaufwände vollständig abgeschätzt. Eine nähere Bezifferung etwaiger Kosten war den befragten Stellen nicht möglich.

Nach Ansicht der Bundesregierung ergeben sich Erfüllungsaufwände wie Investitionen in die Bereitstellung und laufende Unterhaltung technischer Infrastruktur nicht aus dem DNG-E. Das DNG regelt weder eine Erhebungs- noch eine Umwandlungs- oder eine Bereitstellungspflicht für Daten.

Die Bundesregierung teilt im Übrigen nicht das Verständnis, dass Mindereinnahmen für hochwertige Datensätze aus dem DNG folgen. Die Festlegung von hochwertigen Datensätzen erfolgt durch Durchführungsrechtsakte, die unmittelbar bindend sind.

Zu Nummer 4 (Zum Gesetzentwurf allgemein; § 7 Abs. 4 DNG-E)

Der Bundesrat kritisiert, dass nicht allen Bundesländern die Bereitstellung von Metadaten über GovData ermöglicht ist.

Die Bundesregierung lehnt die Auffassung ab, nach der das DNG den „bestehenden Missstand“ fortschreibe. Mit § 7 Abs. 4 wird eine Regelung vorgeschlagen, die der föderalen Besonderheit gerecht wird, indem die Akteure zur Nutzung von GovData verpflichtet werden, die nach den rechtlichen Grundlagen von GovData zur Nutzung des Portals berechtigt sind. Die Bestimmung berücksichtigt, dass nicht alle Länder, öffentliche Unternehmen oder Forschungsakteure, die im Anwendungsbereich des DNG-E erfasst sein können, bereits an GovData angebunden sind. Vielmehr ist die Nutzung von GovData bislang vom Beitritt zu einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern abhängig. Dies ist erforderlich, um die Finanzierung des Portals durch Bund und Länder zu gewährleisten. Die Vorschrift schließt die Weiterentwicklung der Gestaltung des Beitritts zu GovData nicht aus.

Zu Nummer 5 (§ 2 Abs. 2 DNG-E)

Der Bundesrat fordert, den Anwendungsbereich auf öffentliche Stellen und Unternehmen des Bundes zu beschränken.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag des Bundesrates ab. Die Gesetzgebungskompetenz ergibt sich für das DNG wie beim geltenden IWG aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG. Das DNG setzt die Richtlinie (EU) 2019/1024 um. Kernanliegen der Richtlinie und des Gesetzes ist es, die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors für wirtschaftliche Zwecke zu verbessern.

Eine bundesgesetzliche Regelung ist gemäß Art. 72 Abs. 2 GG zur Wahrung der Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich. Bei unterschiedlichen oder fehlenden Landesregelungen über die diskriminierungsfreie wirtschaftliche Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors bestünde die konkrete Gefahr, dass Marktzugangsschranken für bundesweit operierende Unternehmen nicht verringert werden könnten. Dies hätte nicht hinnehmbare Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis zu nur lokal tätigen Unternehmen zur Folge. Zudem könnte über Landesregelungen die Nutzung von Daten des Bundes nicht geregelt werden, wodurch die Erstellung von Informationsprodukten, die auf Bundes- und Landesdaten beruhen, erschwert wäre. Namentlich im Bereich datenbasierter Produkte und Dienstleistungen setzt eine wirtschaftliche Vermarktung die Verknüpfung und Aufbereitung von Daten, die in Bund und Ländern einzuholen sind, voraus.

Unterschiedliche Regelungen in den Ländern würden einer Entwicklung und Vermarktung datenbasierter Produkte und Dienstleistungen, die bundesweit verwandt werden sollen, entgegenstehen. Es liegt gleichermaßen im Interesse von Bund und Ländern, Innovationen auf dem Datenmarkt nicht durch unterschiedliche Regelungen zu behindern, weil dies erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft mit sich brächte. Das Regelungsziel, diese Entwicklung zu verhindern und stattdessen das wirtschaftliche Potenzial öffentlicher Daten optimal auszuschöpfen, macht eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich. Eine bundeseinheitliche Regelung liegt daher im gesamtstaatlichen Interesse.

Zu Nummer 6 (§ 2 Abs. 3 Nr. 7 – neu – DNG-E)

Der Bundesrat fordert eine Bereichsausnahme im Anwendungsbereich für bestimmte Register.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag des Bundesrats ab. Die Aufnahme einer Bereichsausnahme für bestimmte Register ist nicht richtlinienkonform. Die Richtlinie (EU) 2019/1024 erstreckt den Anwendungsbereich auf Daten, die nach nationalem Recht zugänglich sind und führt eine abschließende Liste an Ausnahmetatbeständen auf. Die

Ausnahmen sind abschließend, weil die Richtlinie der Mindestharmonisierung dient. Sofern Register von der Nutzung nach dem DNG ausgenommen werden sollen, müsste das jeweilige Zugangsregime entsprechend eingeschränkt werden.

Zu Nummer 7 (§ 2 Abs. 5 DNG-E)

Der Bundesrat fordert eine Ergänzung der Ausübungsschranke zum Datenbankherstellerrecht entsprechend dem Richtlinienwortlaut.

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates erneut prüfen. Der Zusatz ist bislang aus Sicht der Bundesregierung entbehrlich. Die gewählte Formulierung vereinfacht daher den Gesetzeswortlaut und dient der Klarheit des Gesetzes.

Zu Nummer 8 (§§ 9, 10 DNG-E)

Der Bundesrat bittet um Klarstellung, dass die Kosten, die aus §§ 9, 10 DNG-E entstehen vom Bund übernommen werden.

Eine Übernahme etwaiger Kosten durch den Bund ist bislang nicht vorgesehen.

Zu Nummer 9 (§ 10 Abs. 3 S. 2 – neu – DNG)

Der Bundesrat fordert die Ausnahme für öffentliche Unternehmen im Wettbewerb zu der Regelung zu hochwertigen Datensätzen explizit aufzunehmen.

Die Bundesregierung sieht keinen Bedarf für die vorgeschlagene Ergänzung, weil sich die Ausnahme für bestimmte öffentliche Unternehmen aus dem Durchführungsrechtsakt selbst ergeben wird. Dies ist in der Gesetzesbegründung mit Hinweis auf den Richtlinienwortlaut entsprechend dargelegt.

Zu Nummern 10 und 11 (§ 10 Abs. 5 DNG-E)

Der Bundesrat fordert eine Ausweitung der Übergangsvorschrift (zwei Jahre ab Inkrafttreten des Durchführungsrechtsakts oder bis zum 31.12.2022).

Die Bundesregierung wird die Vorschläge des Bundesrats prüfen. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Ausweitung der Vorschrift zu einer weiteren Verzögerung der Open-Data-Bestrebungen von Bund und Ländern führt und Deutschland im europäischen Vergleich weiter abhängen könnte.